

Antrag von 63. Schleswig-Holsteintag am 25. und 26. September 2010 in Kiel

Gemeinsame Agrarpolitik (GAP) der Europäischen Union

Die Landwirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor, Arbeitgeber und Ausbilder für Schleswig-Holstein. In 17.500 Betrieben sind 30.000 Menschen beschäftigt. Schleswig-Holstein hat bundesweit mit 59% die meisten Haupterwerbsbetriebe. Dazu kommen noch die Beschäftigten in den Vor- und Nachgelagerten Bereichen, wie Molkereien, Schlachtereien, Futtermittelproduzenten, Lohnunternehmer oder Tierärzte.

In den letzten Jahren konnten viele Landwirte in nicht-landwirtschaftlichen Betriebszweigen ein zweites Standbein finden und ihre Wirtschaftlichkeit dadurch stärken. Insbesondere im Bereich der erneuerbaren Energien, wie Photovoltaik und Biogas.

Trotzdem zeigen die jährlichen Agrarberichte der Bundesregierung die rückläufige Zahl der Land- und Forstwirtschaftlichen Betriebe. Das liegt auch daran, dass die Preise für die zentrale Aufgabe der Landwirtschaft, die Nahrungsmittelproduktion, oft nicht ausreichen. Der deutsche Landwirt sieht sich dabei der Konkurrenz von Milcherzeugern aus Neuseeland, Getreidebauern aus Russland und Fleischproduzenten aus Südamerika ausgesetzt. Die Märkte honorieren der Landwirtschaft nur die Ernährungsfunktion.

Die Gesetzlichen Leistungen für Tierschutz, Hygiene und Landschaftspflege werden nicht über die Preise abgegolten, dienen aber dem Verbraucherschutz und der Lebensqualität.

Hier müssen künftige Prämien der EU an die Landwirte ansetzen. Denn würde man von den Verbrauchern kostendeckende Preise verlangen, um die Leistungen umfassend abzudecken, träfe es die Ärmern der Gesellschaft.

Deshalb muss die Gemeinsame Agrarpolitik auch in Zukunft einen entscheidenden Beitrag zur Einkommensstabilisierung der Landwirtschaft leisten. Wir brauchen auch nach 2013 eine starke Erste und zweite Säule der EU-Agrarpolitik. Dazu ist es immens wichtig, auch zukünftig das System der zwei Säulen der Agrarpolitik zu erhalten. Ein solider Finanzrahmen wird auch in Zukunft gebraucht, um die Wettbewerbskraft der Landwirtschaft zu stärken und die Wünsche der Gesellschaft nach Umwelt- und Tierstandards, Lebensmittelsicherheit sowie Pflege der Kulturlandschaft zu erfüllen.

Die Junge Union Schleswig-Holstein fordert daher:

- Die Beibehaltung der Ersten (Direktzahlung) und Zweiten (ländliche Entwicklung) Säule der Agrarpolitik. Die Mittel der ersten Säule müssen dabei ohne die Kopplung an Auflagen wie z.B. Umweltauflagen zur Verfügung stehen
- Eine langfristige Senkung des Agraretats in zumutbarem Maße
- Keine Einführung einer einheitlichen Flächenprämie in der EU, da es aufgrund der unterschiedlichen Kaufkraft in den Mitgliedstaaten zu erheblichen Fehlentwicklungen kommen kann, sowie eine Neuberechnung der Betriebsprämie auf nationaler Ebene
- Die Bevölkerung besser über die Notwendigkeit der Gemeinsamen Agrarpolitik und daraus resultierenden Preisen zu informieren, um den von den Landwirten geschaffenen gesellschaftlichen Mehrwert, z. B. im Tier- und Umweltschutz, zu verdeutlichen.

Die Eigenverantwortung der Landwirte zu stärken. Die Agrarpolitik kann nicht jede Preisschwankung ausgleichen. Der Landwirt muss selber in guten Zeiten für schlechte Zeiten vorsorgen.